Reisebericht aus Wroclaw (Breslau) und Kattowitz

Der nachstehende Reisebericht wurde von Hans-Jürgen Schulz für die Zeitschrift „Sozialistische Gewerkschaftspolitik" geschrieben. Er beruht auf einer Reise von 7 Gewerkschaftern aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik, die vom 20. - 24.11. Wroclaw (Breslau) und Katowice besuchten.

In Huta Kattowice, dem Hüttenwerk mit 20.000 Arbeitern, ist Schichtwechsel. Verloren stehen wir in dem Menschenstrom. Man hat uns gesagt, die regionale Leitung der neuen Gewerkschaft Solidarnosc befinde sich im Werk. Doch vor den Toren steht Werkschutz - dicklich gewordene Fallschirmjägertypen, die in ihrer breitbeinigen Pose wie eine Provokation der Staatsmacht wirken. Aber Stephan ist nicht beeindruckt und meint, wir wären schließlich Zeugen einer beinahe vorrevolutionären Lage. Er zeigt sein Solidarnosc-Abzeichen dem nächsten Arbeiter. Der grient freudig, überascht. Er merkt sofort, daß wir seine Sprache nicht verstehen, weil wir Ausländer sind. Geradewegs zu den Werkschützern führt er uns.

Ganz wohl war uns nicht. Der erste winkt denn auch einen zweiten heran - aber nur, weil der deutsch spricht. 2 Minuten später stehen wir vor Komitee-Mitgliedern der neuen Gewerkschaft.

Huta Kattowice war Ende August Auslöser der Streiks im oberschlesischen Industriegebiet gewesen. Das Streikkomitee, das in die Gewerkschaftsführung umgewandelt wurde, hat bis vor kurzem von hier aus gearbeitet. Im Schutze der Arbeiter und der mit Maschinenpistolen ausgerüsteten Werkschützer fühlten sie sich sicherer. Jetzt aber waren sie in die Stadt umgezogen und hatten der KP ihr Gästehaus für den guten Zweck abgeknöpft. Einst hatten dort de Gaulle, Fidel, ja sogar Breschnew übernachtet. und die örtliche Partei- und Staatsbürokraten ihre Feste gefeiert. Nun diskutierten wir 8 Stunden mit Arbeitern der Hütte und Kazimierz Switon, den die Streikenden erst vor 2 Monaten aus dem Gefängnis befreiten. Als Mitternacht längst vorbei war, räumte der Präsident sein Büro und wir rollten uns dort in unsere Schlafsäcke - wohlbehütet. Denn draußen hatte bald nach unserer Ankunft demonstrativ ein Funkstreifenwagen Posten bezogen. Wir fühlten uns wie zu Hause.

Man sah - der Staatsapparat funktionierte wie eh und je. Aber er kann sich nicht mehr alles herausnehmen und er schüchtert niemanden mehr ein. Die Arbeiter haben sich die Freiheit des Handelns erkämpft. Sie ist gewiß sehr beschränkt. Aber die Arbeiter wissen sich zu schützen. In der Fabrik haben sie heute mehr Rechte und größere Freiheiten als die Arbeiter bei uns.

Man konnte leicht vergessen, daß noch 3 Monate vor unserem Besuch die stalinistischen Bürokraten unumschränkt herrschten. Heute hat Solidarnosc schon 8 Mill. Mitglieder. Unter den Ländern, in denen man nicht in eine Gewerkschaft eintreten muß, ist sie die drittgrößte der Welt, größer als der DGB. Und sie hat den höchsten Organisationsgrad - über

60 %. In Polen gibt es 12 Mill. Erwerbstätige.
Wie war das möglich?

Wie es dazu kam

Durch die Wirtschaftskrise wurden seit Juni Streiks ausgelöst. Die Produktion in Industrie und vor allem in der Landwirtschaft war zurückgegangen, die Regale in den Läden waren ausgeräumt. Die Preise stiegen und die Löhne blieben gleich. Das ließen sich die Arbeiter nicht gefallen. Ganze Fabriken warfen die Brocken hin. Dann drohten Direktoren und Parteileute mit der Polizei. Blieben die Arbeiter aber fest, dann wurden die Forderungen im wesentlichen erfüllt.

Es war eine spontane Bewegung, wie es schon mehrere gegeben hatte. Die Arbeiter kämpften nur für ihre materiellen Forderungen und hofften vielleicht auf einen Wechsel an der Regierungsspitze. So ging es beinahe 3 Monate. Doch aus dem Feuer, das mal hier, mal da aufflackerte, wurde ein Flächenbrand. Als die Streikwelle nämlich Danzig erfaßte, gab es in der Region nicht nur den Generalstreik. Plötzlich standen in ganz Polen mindestens 2 Mill. im Ausstand. Was aber noch wichtiger war, ein ganzes Volk stand hinter den Streikenden, hoffte mit ihnen und half ihnen.

In Breslau streikten mindestens 150.000 der 460.000 Erwerbstätigen, darunter alle Großbetriebe. Die Versorgungsbetriebe, das Gesundheitswesen und der Einzelhandel erklärten ihre Solidarität legten rot-weiße Armbinden an, arbeiteten aber weiter. Der Streik sollte sich nicht gegen die Bevölkerung richten. Überall wurden Streikführungen gewählt. In der Elektromaschinenfabrik Dolmel bestimmten 5.000 Arbeiter in geheimer Abstimmung ihre neue Führung. Sie blieben am Arbeitsplatz, schützten ihre Maschinen vor Provokateuren, diskutierten, aber arbeiteten nicht. Ihre einzige Forderung war: erfüllt die 21 Punkte der Danziger. Lohnforderungen wurden nicht gestellt. Das kam erst später.

In Huta Kattowice bildete sich am 29. August spontan ein Streikkomitee, das dann von der Belegschaft bestätigt wurde. Der Werkschutz schirmte den Betrieb ab und ließ keinen Fremden herein, auch keine Familienangehörigen. Der wirtschaftliche Schaden sollte gering gehalten werden. Darum wurden die Hochöfen nicht durch Produktionsausfälle gelöscht. Aber sie arbeiteten mit der geringst möglichen Auslastung.

Zwei der vier Schichten waren immer im Betrieb. Hätten wir den Betrieb verlassen, so meinten sie, dann hätte uns die Miliz (Polizei) zusammengehauen, so wie 1970 die Stettiner und die Danziger. Hier aber waren wir sicher. Unsere einzige Forderung war: verhandelt mit den Danzigern. Wir bildeten Brigaden, die in alle Werke gingen und mit den Arbeitern sprachen. Bald stand denn auch das ganze oberschlesische Industriegebiet im Ausstand. Die Politiker drohten uns über den Rundfunk. Aber wir antworteten ihnen, wenn ihr nicht mit den Danzigern verhandelt, dann löschen wir die Öfen. Da verhandelten sie.

Der Sieg der Danziger war nicht nur ihr eigener Sieg. Ohne die millionenfache Solidarität der polnischen Arbeiterklasse wäre ihr Streik wohl niedergeschlagen worden.

Demokratische Gewerkschaften

Für die Arbeiter Polens ist Demokratie das, was das Wort eigentlich bedeutet - Herrschaft des Volkes. Staunend hören sie zu, wenn wir über unsere Gewerkschaftserfahrungen berichten: über die geringe Beteiligung und Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder, wer letzlich über Streiks entscheidet, über die indirekten Wahlen, die seltenen Kongresse und die faktisch unbeeinflußbaren und unabsetzbaren Führungen. *„Das ist ja, wie es bei uns war,"* fand ein Dolmel-Arbeiter. *„Da ist unsere Gewerkschaft jedenfalls besser."* Aussperrungen konnten sie sich überhaupt nicht vorstellen und die Streiktage werden in Polen vom Betrieb bezahlt - bei vollem Lohnausgleich.

Als die Streiks ausbrachen, wurden in den Betrieben die Mitgliedsbücher der alten Gewerkschaften eingesammelt und auf vorbereiteten Listen unterschrieben die Arbeiter den Eintritt bei Solidarnosc. Sie zahlen 1 % ihres Lohnes als Beitrag. Aber das funktioniert noch nicht. Die in Breslau hauptamtlich für die Gewerkschaft Arbeitenden - es sind 40 bis 50 - sind alle von ihren Betrieben oder der Uni delegiert und werden von denen auch bezahlt. In 3 Monaten soll das anders sein.

In den Betrieben wurden jene gewählt, die man für ehrlich, unbestechlich und mutig hielt. Meist waren das jüngere Kollegen, aber nicht nur. Parteimitglieder sind wenige darunter. Sie unterscheiden sich dann nicht von anderen. Sie vertreten nur noch die Arbeiter - für ihre Partei sicher eine neue Erfahrung.

Niemand darf eine gewerkschaftliche Funktion übernehmen, wenn er einen höheren Posten im Betrieb hat oder eine Parteifunktion ausübt. Auch wenn künftig weitere Parteien zugelassen würden, soll die Unvereinbarkeit zwischen politischem Mandat und gewerkschaftlichem bestehen bleiben. Die betriebliche Gewerkschaftsleitung hat gleichzeitig die Funktion, die bei uns der Betriebsrat ausübt. Sämtliche Betriebskomitees werden auf Bezirksebene zusammengefaßt. Im Bezirk Breslau gibt es 1.550 Komitees, in Kattowitz 600. Sie erfassen alles, auch die Universitäten, Schulen, Kindergärten und selbst die Philharmonie. Bisher trat die Belegschaft 3 - 4 mal im Monat zu Versammlungen zusammen. Künftig wird das sicher weniger werden. Aber die Rechte der Basis sollen bleiben. Ab 21. November werden die Gewerkschaftswahlen durchgeführt, die wohl die bisherigen Führungen im wesentlichen bestätigen werden.

Für je 500 Mitglieder wird für den Bezirk ein Delegierter gewählt. Bisher traten sie 14-tägig zusammen. Sie wählen ein 20-köpfiges Präsidium, das die laufende Arbeit erledigt. Diese Distriktpräsidien haben ein nationales Präsidium gebildet. *„Es soll nur koordinieren, nicht zentralisieren und schon gar nicht kommandieren"*, heißt es. Wer eine Funktion übernimmt, bekommt nicht mehr als den alten Lohn. Die Amtszeit dauert nur 2 Jahre. Nur einmal darf jemand für die gleiche Funktion noch mal gewählt werden. Davon wird niemand ausgenommen, auch Lech Walesa nicht. Sind die Wähler unzufrieden, kann der Funktionär jederzeit abgewählt werden. Ist es da ein Wunder, wenn die Bürokraten aller Länder die polnischen Vorgänge mit so großem Unbehagen verfolgen?

Ein Problem bleibt die Einheit der Bewegung. Bisher gibt es keine Branchenverbände. Aber sie werden gefordert. Die Sonderinteressen will Solidarnosc im Rahmen einer einheitlichen Gewerkschaft ausdiskutieren. Für den schlecht bezahlten Gesundheitsdienst, die Eisenbahner und Lehrer hat sie schon Lohnerhöhungen durchgesetzt. Man will verhindern, daß die Bewegung in Einzelinteressen zersplittert. *„Wir sind stark, wenn wir einig sind"*, betonte einer vom KSS.

Zusammenbruch der Partei

Die „Partei der Arbeiterklasse" hatte vor 3 Monaten noch beinahe 3 Mill. Mitglieder - in einem Land mit 35 Mill. Menschen. Niemand weiß wirklich, wieviele es heute noch sind. 2 Mill. meinen die

einen, 450.000 die größten Optimisten. Aber die Partei hat immer noch die Macht

Die Streiks haben die Arbeiterbasis in den Betrieben mitgerissen oder an den Rand gedrängt, vor allem die Aktivisten. „Helden der Arbeit" und Brigadeführer. Geblieben sind der Partei jene, die ihre Privilegien nur behalten, wenn sie an der Macht bleibt - der Parteiapparat, die aufgeblähte Staatsverwaltung, der Sicherheitsdienst, die Miliz (ein Polizist verdient mehr als ein Lehrer - nach Lenin Kennzeichen des Polizeistaates) und die Offiziere. Das sind eineinhalb bis 2 Mill. Menschen. Für Solidarnosc sind sie unorganisierbar. Milizangehörige nimmt sie grundsätzlich nicht auf. In der Armee hingegen wurden die ersten Gruppen gebildet. Wir trafen niemanden, der sich zur Partei bekannte. Sie ist völlig diskreditiert. Parteimitglied wurde man nur, wenn man persönliche Vorteile anstrebte, hieß es allgemein. Viele sind korrupt. *„Sie sind gewöhnliche Diebe und haben in Luxus gelebt"*, meinte eine alte Frau. Keinem Parteimitglied wird ein ehrbares Motiv unterstellt. Kommunismus ist für die Polen das, was sie bisher erlebten. Man kann keine Idee gründlicher in Mißkredit bringen, als es den polnischen Stalinisten gelungen ist. Für uns war diese Erfahrung das Deprimierendste unserer Reise.

Hat die Kirche das Sagen

Als wir am Plac Czerwony (Roter Platz) in Breslau bei der Gewerkschaft ankamen, war gerade der Erzbischof eingetroffen. Respektvoll wurde er empfangen. Sein Woytila-Bild und ein Kruzifix wurden pietätvoll im Zimmer des Gewerkschaftspräsidenten aufgehängt – der noch Mitglied der Partei ist. Aber die Eminenz kam zu den Arbeitern und nicht sie zu ihm.

Die Polen sind ein katholisches Volk. Die Kirche ist Teil ihres nationalen Bewußtseins. Sonntag für Sonntag ist ein Viertel der Bevölkerung in der Messe. Die große Mehrheit betrachtet sich als Katholiken. Strittig ist nur, wie groß die Mehrheit ist. Einige meinen, allenfalls 70%. Andere hielten 90% für richtiger. Sicher sind nicht alle praktizierend. Aber es bleiben Millionen Arbeiter, die zur Kirche stehen. Sie hat die Forderungen der Arbeiter in der Streikbewegung übrigens auch stärker und vorbehaltloser unterstützt, als es in unserer Presse dargestellt worden ist.

Die Kirche ist für viele Polen eine anerkannte Autorität, die Partei für niemanden. Viele holen Rat. Aber man unterwirft sich nicht dem Klerus. Die Gewerkschaften handeln nach ihrer Einschätzung der Notwendigkeit. Zumindest gegenwärtig haben die Intellektuellen des KOR einen größeren Einfluß in der Gewerkschaft als der Klerus.

Dessen Einfluß ist so wenig ausgeprägt, daß die Grundsätze der katholischen Soziallehre Kollegen, die sich als praktizierende Katholiken bezeichneten, nicht bekannt waren. Nach einigem ratlosen Hin und Her meinte einer abschließend, um ideologische Fragen habe man sich noch nicht kümmern können. Die katholische Soziallehre sei in Polen jedenfalls nicht anwendbar.

Was sie wollen

„Wir haben 35 Jahre auf das gewartet, was jetzt geschieht", wurde uns gesagt. Das drückt die allgemeine Stimmung aus. Abgelehnt wird das, was bisher war. Was aber sein soll, ist unklar. Es gibt nur unbestimmte, unsichere Vorstellungen. Das ist eine Folge davon, daß das Ideal des Kommunismus so gründlich diskreditiert wurde. Aber man ist sich auch darüber im klaren, daß man nicht die freie Wahl darüber hat, die Gesellschaftsordnung selbst zu bestimmen

Wirklich reaktionären Aussagen sind wir nicht begegnet. Das besagt nicht, daß es sie nicht gibt und daß sie nicht verbreitet sein könnten. Häufig ist die Meinung, Sozialismus sei zwar gut — aber nicht das Modell der letzten 35 Jahre. An Privatisierung der Produktionsmittel denken manche, nicht aber die Gewerkschafter oder die Mitglieder von KOR. Genannt werden meist nur wenige Kriterien, an denen die künftige Ordnung gemessen wird. Sie soll kein totalitäres System sein. Es dürfe keine privilegierten Gruppen geben. Die Verteilung müsse durch die Gewerkschaft kontrolliert werden. Die Arbeiter sollten wieder eine Motivation bekommen. Die Bindung an die nationale Tradition müsse größer werden. Die Gesellschaft solle sich mehr an kulturellen denn an materiellen Werten orientieren.

Das alles ist letztlich sehr verschwommen und gewiß nicht revolutionär. Aber die polnischen Intellektuellen und erst recht die Arbeiter haben sich bisher nicht kritisch mit gesellschaftlichen Analysen über Kapitalismus und Sozialismus auseinandersetzen können. Heute sind sie darum eher „Utopisten". Äußere Anläße können ihr Denken künftig leicht in die eine oder andere Richtung drängen.

Was sie können

Im Vordergrund steht für sie heute der Aufbau der Gewerkschaft. Durch die Wahlen sollen die Führungen legitimiert werden. Es gilt, die Gewerkschaften organisatorisch zu festigen. Ferner sollen die Einkommen der unteren Lohngruppen und der benachteiligten Branchen angehoben werden.

Im übrigen werden nur die nächsten Schritte diskutiert. Man will Kommissionen bilden, die Gutachten zum Wirtschaftsprogramm der Regierung erstellen werden. Es wurde auch davon gesprochen, daß die Ausführung der Wirtschaftspolitik von der Zustimmung der Solidarnosc abhängig gemacht werden solle. Die Betriebe sollten sich im Rahmen des Planes selbst verwalten. Wie aber die Demokratisierung ablaufen solle, welche Strukturen geschaffen werden müssen, das ist noch nebelhaft. Es gibt viele persönliche Meinungen, aber offenkundig kein gemeinsames Programm. Doch wie sollte es auch? Diskussionen sind erst seit drei Monaten möglich und andere Fragen standen im Vordergrund.

Sehr handfest werden aber die Gewerkschafter, wenn es um Fragen der täglichen Interessenvertretung im Betrieb geht. Demokratie spielt sich für sie zuallererst dort ab. Heute wird niemand entlassen, niemand diszipliniert, niemand versetzt oder befördert, wenn sie nicht zustimmen. Unsere Gesprächspartner konnten nicht begreifen, daß in westlichen Demokratien die Gewerkschaften diese — wie sie sagten —„ elementaren Rechte" nicht durchgesetzt haben.

Gefährdete Lage

Die Stellung der polnischen Gewerkschaften ist ungesichert. Was sie heute durchsetzen, können sie nur durch die Mobilisierung der Arbeiter erreichen. Ängstliche Gemüter halten das für ein „Überziehen". Die Frage aber ist, wie lange sich diese bedingungslose Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft aufrechterhalten läßt. Die Staatsbürokratie wird alles tun, um sie zu erschöpfen und zu zersplittern. Gelingt das, dann ist alles wieder vergebens gewesen.

International sind die polnischen Gewerkschaften heute überdies isoliert. Kontakte bestehen nur in die CSSR. Aber die Opposition dort, insbesondere die Charta 77, unterliegt schäftster Verfolgung durch die Behörden. In Richtung Sowjetunion und DDR ist

ein eiserner Vorhang heruntergegangen. Niemand von dort darf einreisen, kein Pole darf dorthin ausreisen. Die westeuropäischen Gewerkschaften betonen zwar abstrakt ihre Solidarität und leisten unter der Hand ein bißchen materielle Hilfe. Sie haben Druckmaschinen geschickt – modern und kompliziert. Sie stehen herum und niemand kann sie bedienen.'

Solidarnosc wird geduldet. Es gibt auch kaum noch politische Gefangene, auch nicht unter dem Vorwand krimineller Delikte wie hierzulande. Aber Gewerkschaftsaktivisten werden immer wieder für kurze Zeit inhaftiert. Ihr Informationsmonopol hält die Partei weiter aufrecht. Die eigenen Zeitungen der Gewerkschaft können nur mit Mühe erscheinen. In Breslau wird für die 400 000 Mitglieder wöchentlich einmal der „Solidarnosc Dolnoslaska" mit einer Auflage von 20 000, in Kattowitz zweimal in der Woche der „Wolny Zwiazkowiec" mit 40-60 000 veröffentlicht. Praktisch aber sind das Flugblätter mit einer Druckqualität, wie sie hierzulande die winzigste Organisation nicht zu verteilen wagen würde. Diese Zeitungen werden irgendwo gedruckt. Das Papier muß in Läden gekauft werden, in denen bei größeren Mengen der Sicherheitsdienst sofort informiert wird. Oder es wird in den Betrieben klammheimlich abgezweigt. Maschinen und Papier aber könnten importiert werden.

Reisebericht des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB)

Ein Mitglied des Sekretariats des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes bereiste vom 3. – 11. Dezember vergangenen Jahres Polen und besuchte Komitees von „Solidarität" in Warschau, Walbrzych, Wroclaw (Breslau), Katowice, Krakow, Radom, Sczcecin und Gdansk. In seinem Bericht heißt es: „ 'Solidarität' ist heute in Polen eine feststehende Tatsache und meiner Ansicht nach eine authentische, voll repräsentative, unabhängige demokratische Arbeitnehmerorganisation. Hotelangestellte, Flugpersonal, Taxifahrer und andere tragen offen Solidaritätsabzeichen, und man kann ohne Verabredung irgendein Werksgelände betreten und mit den betrieblichen Vertretern sprechen. Sie begrüßen Unterstützungserklärungen und Besuche von westlichen Gewerkschaften." Der folgende Auszug aus dem Bericht schildert Eindrücke von den regionalen Komitees der „Solidarität" in Elblag. Der gesamte Bericht (IMB-Dokument 81-4) kann angefordert werden bei: International Metallworkers' Foundation, 54 bis Route des Acacias, 1227 Geneva, Schweiz.

Gespräch mit Ryszard Kalinowski, dem Vositzenden von Solidarität in Elblag, einer kleinen Industriestadt (die erwerbstätige Bevölkerung in dem Gebiet beläuft sich auf 160.000, davon sind 120.000 Mitglieder von Solidarität) an der Ostseeküste. Er ist 28-jährig und ein gelernter Dreher. Vor der August-Streikwelle in Danzig war er weder in der offiziellen noch in einer inoffiziellen Gewerkschaftsbewegung aktiv. Er war aktives Mitglied der betrieblichen Partei-Jugendorganisation gewesen, hatte sich dann allerdings davon zurückgezogen, nachdem „ich festgestellt hatte, wie der Hase läuft."

„Wir unterstützten die Streikbewegung in Danzig, zunächst kam es zu Arbeitsniederlegungen in den Abstellhallen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, und dann wurden die meisten Betriebe in Elblag in einer Entfernung von rund 60 km von Danzig bestreikt. Wir waren die ersten, die außerhalb Danzigs in den Streik traten. Ich wurde als Delegierter nach Danzig entsandt und blieb dort zwei Wochen lang. Wir hatten einen Botendienst, der auf Nebenstraßen Material von Danzig nach Elblag brachte. Einmal wurde eine Delegation von der Polizei angehalten und einer von ihnen mußte seinen Paß für die Schiffswerften von Danzig verschlucken."

Nach der Vereinbarung von Danzig arbeitete Kalinowski zum Teil in Danzig selber – er ist offiziell Vizepräsident der nationalen Gewerkschaft und leitete zwei Monate lang das nationale Sekretariat unter Walesa – und zum Teil leitet er die Arbeit in dem örtlichen Sekretariat von Solidarität in Elblag. Er bezieht weiter seinen Lohn von seinem Betrieb und hat gute Beziehungen zu dessen Direktor, der ihm sogar einen PKW zur Verfügung gestellt hat. Das örtliche Sekretariat liegt in einer Einkaufarkade, ist 200 Quadratmeter groß und besteht aus zwei großen Sitzungszimmern, vier kleineren Räumen und einer Dunkelkammer. Das Schaufenster wurde dazu benutzt, um ortsansäßige Betriebsleitungen, die sich geweigert hatten, Vertreter von Solidarität zu empfangen, zu kritisieren.

„Es kommt vor, daß wir einem Betriebsleiter sagen, daß sein Name unter Umständen im Schaufenster erwähnt werden wird, und er erklärt sich dann im allgemeinen sehr schnell bereit, mit uns zusammenzutreffen und über unsere Beschwerden zu reden," erklärte er. „Das schwerwiegendste Problem für uns ist der Mangel an Informationen und zwar sowohl eingehende als auch von uns an die Mitglieder auszusendende Informationen. Wir brauchen mehr Vervielfältigungsmaschinen, Telefonanschlüsse, Fernschreiber." Allwöchentlich leitet Kalinowski eine Versammlung der Vertreter aus den einzelnen Betrieben und Werken, wo Solidarität Fuß gefaßt hat. Ein Präsidium, bestehend aus 14 Mitglieder überwacht die regionale Tätigkeit von Solidarität. Dieses Präsidium wurde zur Zeit der Gründung des ursprünglichen MKS (des überbetrieblichen Streikausschusses) im August gewählt. Sobald die Regionalwahlen für Solidarität im Februar durchgeführt worden sind, werden die alten ad hoc-Präsidien durch repräsentativere Präsidien ersetzt werden.

Kalinowski ist ebenfalls Mitglied des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes, der sich mit dem Aufbau und der Struktur der neuen Organisation zu befassen hat. In gewissen Betrieben werden Wahlen zur Bildung von Ausschüssen unterschiedlicher Größe durchgeführt, wobei die Hälfte der Ausschußmitglieder jeweils von den einzelnen Abteilungen oder Sektionen und die andere Hälfte von der Gesamtbelegschaft gewählt wird. In anderen Betrieben wiederum wird eine Art vielköpfiger Betriebsrat gewählt, wobei jeweils ein Betriebsrat pro 100 Belegschaftsmitglieder oder ein Delegierter pro Abteilung gewählt werden kann

und der Betriebsrat (oder das „Arbeiterparlament", wie dieses Organ auch genannt wird), wählt dann einen ziemlich großen Vorstand.

Kalinowski ist der Auffassung, daß in regelmäßigen Zeitabständen alle Ämter und Funktionen durch Wahlen neu besetzt werden sollten, so daß niemand zu lange im Amt bleiben und eine zu große Machtfülle entfalten kann. Er selbst scheint mit seiner ruhigen und freundlichen Art eine Persönlichkeit zu sein, die natürliche Führungseigenschaften besitzt.

Er wies jedoch darauf hin, daß er nach zwei oder vielleicht nach vier Jahren zurücktreten werde. Als darauf hingewiesen wurde, daß es nicht logisch wäre, wenn er Solidarität seine Dienste schon nach zwei Jahren entziehen würde („vorausgesetzt, wir überlegen so lange," fügte er mit einem Lächeln hinzu,) kaum, daß er sich die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet hatte, zuckte er mit den Schultern und erklärte, man müsse um jeden Preis vermeiden, in den Stil der alten Gewerkschaften, der im wesentlichen auf zeitlich unbegrenzten Ämtern beruhte, zu verfallen.

Bei den Gesprächen mit Vertretern von Solidarität ist man immer wieder auf dieses Thema gestoßen – auf den Wunsch, das denkbar demokratischste und auf absoluter Gleichberechtigung fußende System zu entwickeln, selbst auf Kosten der Praktikabilität und der Leistungsfähigkeit. Gleichzeitig aber schreckt Solidarität nicht davor zurück, erforderlichenfalls Autorität zu zeigen, namentlich, als Walesa gegen Streiks Stellung bezog, und wenn es auf der unteren Ebene darum geht, Probleme einer Lösung zuzuführen, bevor eine allgemeine Aufregung im Betrieb entsteht.

Kalinowski erklärte: „Wenn die Regionalgewerkschaft einen Vorschlag unterbreitet, wird er im allgemeinen angenommen, weil die Leute 35 Jahre lang vom Beschlußfassungsprozeß über ihr eigenes Schicksal ausgeschlossen waren und sie sich noch nicht ganz daran gewöhnt haben, selbst zu entscheiden." Er möchte Informationen über den Aufbau der Gewerkschaften im Westen und über den Verhandlungsstil mit Arbeitgebern und Regierungsstellen. Er gab ebenfalls dem Wunsch Ausdruck, möglichst viele Besucher von Gewerkschaften aus demokratischen Ländern empfangen zu können.